

Der Standpunkt der EDU

Daniel Zingg, Vertreter EDU, Bollodingen/BE

Die heutige Pressenkonferenz wäre dafür vorgesehen, den Abstimmungskampf im Blick auf die Volksabstimmung vom 29. November zu starten.

Wahlkampf bereits lanciert

Dieser Wahlkampf läuft aber im Wesentlichen wegen der Plakatdebatte nun schon seit zwei Wochen, auch dank dem Aufschrei aus politisch linken Kreisen und aktiv unterstützt durch die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR).

Diese Tatsache lässt vor allem die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) in einem zweifelhaften Licht erscheinen.

Das Versagen der EKR

Die EKR hat am 23. August 1995 vom Bundesrat den Auftrag erhalten, sich präventiv für die Erhaltung des religiösen Friedens in der Schweiz einzusetzen. In diesem Punkt hat die EKR versagt.

Denn den Verantwortlichen der EKR scheint entgangen zu sein, dass das Aufrichten eines Minarets und der später mit grosser Wahrscheinlichkeit folgende Ruf des Muezzins (so bereits geschehen in

Deutschland, Österreich, England, Frankreich) eine Diskriminierung jeder neben dem Islam etablierten Religion bedeutet. Präventiv hätte sich die EKR deshalb schon vor Jahren gegen die schleichende Islamisierung einsetzen müssen. Denn die jetzt geforderte, sichtbare Manifestierung islamischer Machtexpansion in Form von Minaretten bedrohen den in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz vorherrschenden Religionsfrieden.

Es gibt kaum ein Land, in dem eine islamische Bevölkerung in Frieden und Achtung mit anderen Religionen zusammen leben kann. Das islamische Gedankengut, das weder eine Trennung von Religion, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Familie und Tradition kennt, ist nicht auf Koexistenz mit anderen Religionen hin angelegt.

Information über den Islam

Herr Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz, einer der einflussreichsten islamischen Repräsentanten in der Schweiz, behauptet auch jetzt wieder in den Medien, der Widerstand gegen den Bau von Minaretten sei auf ein Informations-Defizit über den wahren Islam zurückzuführen.

Dem möchten wir folgendes entgegenhalten: Weil man heute informiert ist über die strategischen Expansionsabsichten der islamischen Ideologie, weil man heute um die grossen Probleme in vielen europäischen Ländern und Städten Bescheid weiss, darum regt sich Widerstand gegen die sichtbare Machtdemonstration islamischer Ideologie. Eine Ideologie, die weder Toleranz noch Religionsfreiheit kennt.

Auch Muslime bekennen: Islam ist nicht integrierbar

Laut Bassam Tibi, selbst Muslim, Migrant und Professor für internationale Beziehungen, ist der Islam in die bestehenden westlichen Kulturen nicht integrierbar. «Nach der islamischen religiösen Doktrin darf sich ein Muslim in keine nichtislamische Gemeinschaft einfügen. Dieses Verbot fördert islamische Parallelgesellschaften, die im Rahmen der Zuwanderung entstehen und von Islamisten als Hinterland missbraucht werden.»¹

Mit dem Aufrichten von Minaretten und der damit ausgedrückten öffentlichen Legitimierung des islamischen Herrschaftsanspruchs werden Parallelgesellschaften gefördert und unterstützt. Damit sind nicht nur die direkte Demokratie, sondern vor allem der religiöse Friede und die Glaubensfreiheit in der Schweiz stark gefährdet.

Im weiteren würde mit dem Bau von Minaretten der integrationswilligen muslimischen Bevölkerung ein schweres Hindernis zur Integration in den Weg gestellt. Auf diesen Tatbestand wurde verschiedentlich, nicht zuletzt sogar vom Leiter des albanischen Institutes in der Schweiz hingewiesen.

EDU bedauert kirchliche Haltung

Die EDU bedauert ausserordentlich, dass vor allem kirchliche Institutionen die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Die Kirchenführer haben anscheinend vergessen, dass heute weltweit Tausende von Christen und Nichtmuslime unter dem Zeichen des Halbmondes, der zu jedem Minarett gehört, diskriminiert, nicht allzu selten sogar ermordet werden.

Das Ja zur Minarett-Initiative wäre ein klares Bekenntnis zu den biblisch-christlichen Wurzeln und eine Solidarisierung mit den verfolgten und unterdrückten Christen gewesen. Diese Chance haben Kirchenvertreter - inklusive die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) - verpasst.

Unzählige Reaktionen, Podiumsdiskussionen und Vorträge unsererseits haben gezeigt, dass ein Grossteil der Basis der christlichen Kirchen eine andere Meinung hat. Sie plädiert mit grosser Mehrheit klar für ein Ja zur Initiative.

Diesen Leuten ist bewusst: Damit wir in unserem Land weiter Religions- und Glaubensfreiheit geniessen können, braucht es ein Ja zur Minarett-Verbots-Initiative am 29. November 2009.

Daniel Zingg